

## Der Bundesvoranschlag 1958

Der Bundesvoranschlag 1958 sieht Ausgaben von 38.971 Mill. S vor, davon 37.264 Mill. S im ordentlichen und 1.707 Mill. S im außerordentlichen Haushalt. Die laufenden Einnahmen werden auf 36.278 Mill. S geschätzt. Das Defizit beträgt somit in der ordentlichen Gebarung 986 Mill. S, in der Gesamtgebarung 2.693 Mill. S. Außerdem ist ein Eventualbudget von 500 Mill. S vorgesehen. Es wird erwartet, daß zumindest der Abgang im ordentlichen Budget durch Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen beseitigt werden kann. Das außerordentliche Budget wird allerdings überwiegend durch Kreditoperationen finanziert werden müssen. Das Bundesfinanzgesetz ermächtigt den Finanzminister, für diesen Zweck Anleihen bis zu 2 Mrd. S aufzunehmen.

### Vergleich der Bundesvoranschläge 1957 und 1958

	1958	1957	Differenz
Ordentliche Gebarung			
Ausgaben	37.264	31.812	+ 5.452
Einnahmen	36.278	30.952	+ 5.326
Abgang	986	860	+ 126
Außerordentl. Gebarung	1.707	711	+ 996
Gesamtgebarungsabgang	2.693	1.571	+ 1.122

### Mehrausgaben für Investitionen, Landesverteidigung und Staatsschuld

Die für 1958 vorgesehenen Gesamtausgaben von 39,0 Mrd. S sind um 6,5 Mrd. S oder 20% höher als im Voranschlag 1957. Im Vergleich zur effektiven Gebarung 1957 werden die Ausgaben nur um schätzungsweise 10% steigen, da die Ansätze im Jahre 1957 überschritten werden. Die tatsächliche Ausgabensteigerung wird aber größer sein, als die real mögliche Zunahme des Sozialproduktes.

Im Vergleich zum Voranschlag 1957 sind in allen wichtigen Verwaltungszweigen und Betrieben höhere Sachausgaben vorgesehen. Besonders stark steigen die Aufwendungen für Investitionen, Landesverteidigung und Schuldendienst. Dagegen sind die Personalkosten nur wenig höher als im Vorjahr. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben sinkt von 43% im Voranschlag 1957 auf 37% im Voranschlag 1958.

Für aktive Bedienstete wird der Bund im Jahre 1958 9,7 Mrd. S aufwenden, um 4% mehr als im Jahre 1957. Die Steigerung der Personalkosten ist geringer als in den letzten Jahren, als beträchtliche Mittel zur

### Struktur der Bundesausgaben

	Bundesvoranschlag		Differenz
	1958	1957	
Löhne und Gehälter	9.680	9.354	+ 326
Pensionen	4.852	4.662	+ 190
Renten, Unterstützungen und Beihilfen <sup>1)</sup>	5.934	5.248	+ 686
Preisstützungen	1.477	1.310	+ 167
Landesverteidigung (Sachaufwand)	1.671	1.163	+ 508
Schuldendienst (einschließlich ERP-Abfuhr)	1.486	903	+ 583
Staatsvertrag	1.405	1.030	+ 375
Instandhaltung	1.045	880	+ 165
Brutto-Investitionen	3.536	2.076	+ 1.460
Investitionszuschüsse und -darlehen	1.075	605	+ 470
Sonstige Zuschüsse und Darlehen	371	432	- 61
Sonstiger Sachaufwand der Monopole und Betriebe	2.883	2.359	+ 524
Sonstiger Sachaufwand der Hoheitsverwaltung <sup>2)</sup>	3.356	2.501	+ 855
Gesamtausgaben	38.971	32.523	+ 6.448

<sup>1)</sup> Einschließlich Bundeszuschuß zur Sozialversicherung — <sup>2)</sup> Einschließlich Zwischenzahlungen und interne Verrechnungen

Valorisierung der Beamtengehälter bereitgestellt werden mußten. Sie geht ausschließlich auf die geplante Erhöhung des Personalstandes um 14.182 (+ 5%) auf 307.340 Personen zurück. Zusätzliche Bedienstete werden vor allem vom Bundesministerium für Landesverteidigung, von der Post- und Telegraphenverwaltung und von den Bundesbahnen eingestellt werden. Die Zahl der Pensionisten wird mit 197.120 um 436 Personen niedriger veranschlagt als im Vorjahr. Ihre Bezüge erreichen mit 4,9 Mrd. S etwa die Hälfte der Gehälter der aktiv Bediensteten.

Der Aufwand für Renten und Unterstützungen ist mit 5,9 Mrd. S um 13% höher als im Vorjahr. Davon entfällt 1,3 Mrd. S auf den Bundeszuschuß zur Sozialversicherung (einschließlich des Beitrages zur geplanten Pensionsversicherung der Selbständigen), der Rest auf direkte Einkommenszuschüsse des Bundes an private Haushalte. Höher dotiert als im Vorjahr wurden vor allem die Arbeitslosenunterstützungen (+ 119 Mill. S), die Kriegspferfürsorge (+ 234 Mill. S) und die Familienbeihilfen (+ 218 Mill. S). Der Mehraufwand wird teilweise durch höhere Unterstützungssätze und teilweise durch eine größere Zahl von Bezugsberechtigten verursacht.

Für Preisstützungen sind 1,5 Mrd. S vorgesehen, um 13% mehr als im Jahre 1957. Die Milchpreissubvention mußte um 130 Mill. S auf 750 Mill. S erhöht werden, da die günstigen Erzeugerpreise die Marktleistung anregen.

Die Bedienung der *Staatsschuld* erfordert von Jahr zu Jahr steigende Beträge. Im Jahre 1958 sind 12 Mrd S (ohne Abfuhr von ERP-Erlösen) vorgesehen, um 64% mehr als im Vorjahr. Davon entfallen 142 Mill S auf zusätzliche Zinsen. Ferner sind im kommenden Jahr die ersten Tilgungsquoten für verschiedene Anleihen, wie die 6%ige Bundesanleihe 1954 (120 Mill. S), der 4%ige Postkredit 1954 (40 Mill. S) und die 3%ige Bundesschuldverschreibung 1957 (24 Mill. S) fällig. Außerdem sollen 178 Mill. S Bundesschatzscheine zurückgezahlt werden. Die gesamten Finanzschulden des Bundes werden für Ende 1957 auf 15,2 Mrd S geschätzt, um 2,1 Mrd S mehr als Ende 1956.

Die Verpflichtungen aus dem *Staatsvertrag* sind mit 1,6 Mrd. S um 56% höher als im Vorjahr. Die Erdöllieferungen an die Sowjetunion im Werte von 382 Mill S, die bisher von der ÖMV getragen wurden, werden künftig vom Bund finanziert. (Andererseits erhält der Bund von der ÖMV mehr Körperschaftsteuer und einen Förderzins.) Ferner wurden unter dem Titel „Bereinigungsmaßnahmen“ zusätzlich 205 Mill S für mittelbare Lasten aus dem Staatsvertrag reserviert, die u. a. aus dem Wiener Memorandum, österreichisch-französisches Protokoll, betreffend die französische Donau-Schiffahrts-Gesellschaft entstehen.

Für *investitionsähnliche* Zwecke (ohne ERP-Freigaben) wird der Bund im kommenden Jahr 5,7 Mrd. S oder 14% der Gesamtausgaben bereitstellen. Davon entfallen 1,0 Mrd. S auf den Instandhaltungsaufwand, 3,5 Mrd. S auf Investitionen in der Verwaltung und in den Betrieben des Bundes und 1,1 Mrd. S auf Darlehen und Zuschüsse für Investitionen in anderen Bereichen der Wirtschaft. Die Gesamtausgaben für diese Zwecke sind um 58% höher als im Voranschlag 1957. Das hohe Investitionsbudget wird damit begründet, daß bisher unterlassene Ersatzinvestitionen nachgeholt werden müssen. Außerdem würde eine weitere Verzögerung des zehnjährigen Investitionsprogramms seine planmäßige Erfüllung gefährden. Beim Vergleich mit dem Voranschlag 1957 darf allerdings nicht übersehen werden, daß die für 1957 verfügbaren Kürzungen der Investitionen durch Anleihen (Schweizer Bundesbahn-Kredit und Verkehrsanleihe 1957 von zusammen 540 Mill. S), Freigabe von Teilen des Eventualbudgets (225 Mill. S) und die Verwendung der Mehrerträge der zweckgebundenen Mineralölsteuer großteils ausgeglichen wurden. Die tatsächliche Zunahme der Investitionen im Jahre 1958 wird viel kleiner sein, als der Vergleich der Voranschläge vermuten läßt.

Für die *Landesverteidigung* sind 2,1 Mrd. S vorgesehen. Der Sachaufwand allein erfordert 1,7 Mrd. S, um 44% mehr als im Vorjahr. Der beträchtliche Mehraufwand deckt gerade Verpflegung, Bekleidung und Ausrüstung für einen höheren Stand an Wehrpflichtigen. Ausgaben für Waffen und Gerät sind nur im notwendigsten Ausmaß vorgesehen.

Die Erhöhung des *übrigen Sachaufwandes* der Hoheitsverwaltung und der Betriebe um 1,4 Mrd. S auf 6,2 Mrd. S berücksichtigt die sich bereits im Jahre 1957 abzeichnende Entwicklung. Vor allem die Bundesbahnen haben den knapp kalkulierten Sachaufwand im Jahre 1957 stark überschritten. In der Hoheitsverwaltung sind für den Erwerb bestehender Vermögenswerte (+ 194 Mill. S), für laufende Überweisungen an das Ausland (+ 108 Mill. S) und für den sonstigen nichtmilitärischen Sachaufwand (+ 274 Mill. S) zusätzliche Ausgaben vorgesehen.

### Optimistische Einnamenschätzung

Die laufenden Einnahmen werden für 1958 mit 36,3 Mrd. S um 5,3 Mrd. S oder 17% höher geschätzt als im Vorjahr. Ebenso wie bei den Ausgaben ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1957 die wirklichen Einnahmen die Voranschlagszahlen überschreiten werden. Im Vergleich zu den tatsächlichen Ergebnissen von 1957 ist die für 1958 erwartete Einnahmensteigerung viel geringer als 17%.

#### Struktur der Bundeseinnahmen

	Bundesvoranschlag		Differenz
	1958	1957	
		Mill. S	
Direkte Steuern insgesamt	11 468	9 715	+ 1 753
davon			
Einkommensteuer	2 800	2 300	+ 500
Lohnsteuer	2 200	2 300	- 100
Körperschaftsteuer	2 100	1 650	+ 450
Vermögenssteuer	400	200	+ 200
Gewerbesteuer	2 100	1 850	+ 250
Sonstige	1 868	1 415	+ 453
Indirekte Steuern insgesamt	16 629	14 372	+ 2 257
davon			
Umsatzsteuer einschl. Bundes-			
zuschläge	8 400	7 560	+ 840
Zölle	2 000	1 400	+ 600
Verbrauchssteuern	3 168	2 772	+ 396
Gebühren- u. Verkehrssteuern	3.061	2.640	+ 421
Öffentliche Ausgaben insgesamt	28 097	24 087	+ 4 010
Überweisungen an Länder,			
Gemeinden, Fonds usw.	- 9 227	- 8 122	+ 1 105
Bundeseinnahmen aus öffentlichen			
Abgaben	18 870	15 965	+ 2 905
Steuerähnliche Einnahmen <sup>1)</sup>	3 592	3 270	+ 322
Sonstige Einnahmen der Hoheits-			
verwaltung <sup>2)</sup>	4.262	3.445	+ 817
Hoheitsverwaltung insgesamt <sup>3)</sup>	26 724	22 680	+ 4.044
Betriebs-einnahmen der Monopole			
und Betriebe	9.554	8.272	+ 1.282
Gesamteinnahmen	36 278	30 952	+ 5 326

<sup>1)</sup> Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Kinderbeihilfenfondsbeiträge u. ä. — <sup>2)</sup> Einschließlich ordentliche ERP-Gebahrung

Die Brutto-Erträge an öffentlichen Abgaben werden für 1958 auf 28,1 Mrd. S geschätzt. Nach Abzug der Überweisungen an Gebietskörperschaften, Kammern und Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit sollen 18,9 Mrd. S dem Bund verbleiben, um 2,9 Mrd. S oder 18% mehr als im Voranschlag 1957. Diese Schätzung ist sehr optimistisch, da der Voranschlag 1957 nur geringe Steuerreserven enthielt. Sie geht von der Annahme eines kräftigen Wachstums der Wirtschaft aus und berücksichtigt, daß die Abgabenerträge infolge der Steuerprogression stärker steigen als das Sozialprodukt. Von den direkten Steuern wurden vor allem die Erträge aus Gewinnsteuern bedeutend höher veranschlagt als für 1957. Veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögensteuer und Gewerbesteuer sollen im Jahre 1958 7,4 Mrd. S erbringen, 1,4 Mrd. S mehr als im Voranschlag 1957. Ein Teil der Mehrerträge geht auf die vorübergehende Aufhebung der steuerlichen Bewertungsfreiheit für Neu-Investitionen im Jahre 1956 zurück. Dagegen wurde das Aufkommen an Lohnsteuer im Hinblick auf die für Anfang 1958 geplante Steuersenkung mit 2,2 Mrd. S um 100 Mill. S niedriger angesetzt als im Jahr 1957. Die Gesamtkosten der Steuersenkung werden voraussichtlich 800 Mill. S betragen. Davon entfällt jedoch etwa die Hälfte auf veranlagte Steuern, die erst im Jahre 1960 abgerechnet werden<sup>1)</sup>. Der Ausfall an Lohnsteuer wird teilweise durch die Zunahme der Masseneinkommen wettgemacht werden können. Außerdem partizipieren die Gebietskörperschaften an den Erträgen der Einkommensteuer und damit auch am Steuerausfall zur Hälfte.

Aus indirekten Steuern werden 16,6 Mrd. S erwartet, um 2,3 Mrd. S mehr, als für 1957 vorausgerechnet war. Unter ihnen ist die Umsatzsteuer die weitaus wichtigste. Ihr Ertrag wurde mit 8,4 Mrd. S um 11% (840 Mill. S) höher veranschlagt als im Vorjahre, obwohl der Ansatz für 1957 kaum erreicht werden dürfte. Die kräftige Steigerung der Zolleinnahmen um 600 Mill. S auf 2,0 Mrd. S setzt voraus, daß die Einfuhr wie in den letzten Jahren stärker steigt als das Sozialprodukt.

Von den 7,9 Mrd. S übrigen Einnahmen der Hoheitsverwaltung (Voranschlag 1957: 6,7 Mrd. S) sind vor allem die steuerähnlichen Einnahmen (Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zum Kinderbeihilfenfonds usw.) vorsichtig geschätzt. Ihr Ansatz von 3,6 Mrd. S wurde bereits im Rechnungsabschluß 1956 um 152 Mill. S übertroffen. Die vorgesehene Steige-

rung der Einnahmen der Betriebe und Monopole von 8,3 Mrd. S auf 9,6 Mrd. S ist weitgehend fiktiv, da besonders die Bundesbahnen im Jahre 1957 größere Mehreinnahmen erzielten. Nach den Ergebnissen für die ersten drei Quartale sind für 1957 Betriebseinnahmen der Bahn von 5,2 Mrd. S zu erwarten. Das sind um 13% mehr, als im Voranschlag 1957, und nur um 3% weniger, als für 1958 veranschlagt wurde.

### Ökonomische Interpretation des Bundesvoranschlages

Der Bundesvoranschlag 1958 unterscheidet sich von seinen Vorgängern durch eine realistische Einschätzung der Einnahmen und Ausgaben. Während die Einnahmen in den letzten Jahren stets beträchtlich unterschätzt wurden und bedeutende stille Reserven enthielten (im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1956 4,4 Mrd. S), wurde diesmal das voraussichtliche Wachstum des Sozialproduktes voll berücksichtigt. Auch die Ansätze für die Ausgaben, die in der Vergangenheit durch neue gesetzliche Bestimmungen oft schon überholt waren, bevor das Budget im Parlament verabschiedet wurde, dürften im großen und ganzen eingehalten werden können. Der Bundesvoranschlag 1958 bietet daher ein wirklichkeitstreuere Bild von der voraussichtlichen Entwicklung des Bundeshaushaltes als die letzten Voranschläge.

#### Überschreitung der Voranschläge 1953 bis 1956

	1953	1954	1955	1956
	Mrd. S			
<b>Gesamtausgaben</b>				
Voranschlag	19,5	22,5	24,8	28,2
Erfolg <sup>1)</sup>	21,8	24,0	28,6	30,8
Überschreitung	2,3	1,5	3,8	2,6
<b>Laufende Einnahmen</b>				
Voranschlag	19,0	20,7	22,2	26,0
Erfolg	21,9	24,5	27,6	30,0
Überschreitung	2,9	3,8	5,4	4,0

<sup>1)</sup> Ohne die im Voranschlag nicht enthaltenen Investitionen, die aus ERP Counterpartmitteln finanziert wurden.

Trotzdem darf erwartet werden, daß der Abgang in der Gesamtgebarung kleiner sein wird, als veranschlagt wurde (2,7 Mrd. S). Zwar enthält die Schätzung der Steuererträge keine Reserven. Die sonstigen Einnahmen der einzelnen Verwaltungszweige (vor allem die steuerähnlichen Einnahmen und die Kostenersätze) und die Erträge der erwerbswirtschaftlichen Betriebe des Bundes könnten jedoch bei anhaltend guter Konjunktur die Ansätze des Voranschlages überschreiten. Gleichzeitig dürften Einsparungen bei den Bundeszuschüssen zur Sozialversicherung und einigen anderen Ausgaben möglich sein. Die Erwartung der zuständigen Stellen, daß das ordentliche Budget ausgeglichen werden könne, ist daher nicht unbegründet.

<sup>1)</sup> Die Steuersenkung könnte das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer im Jahre 1958 nur dann schmälern, wenn die Finanzämter einer Herabsetzung der Vorauszahlungen zustimmen.

Ob nennenswerte Mehreinnahmen zur Finanzierung des außerordentlichen Haushaltes zur Verfügung stehen werden, ist fraglich. Realistischerweise wird man selbst bei ausgezeichneter Konjunktur mit einem Gesamtdefizit von etwa 10 bis 15 Mrd. S rechnen müssen<sup>1)</sup>.

Die für 1958 vorgesehene Ausweitung der öffentlichen Ausgaben könnte sich unter bestimmten Voraussetzungen als eine wertvolle Stütze der österreichischen Konjunktur erweisen. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der Aufschwung der Weltkonjunktur erlahmt. Die Preise vieler internationaler Rohwaren fallen, das wirtschaftliche Wachstum in wichtigen Industrieländern (vor allem in den USA) hat aufgehört oder sich zumindest stark verlangsamt. Andere Volkswirtschaften, die bis in die jüngste Zeit noch stark expandiert haben, sind infolge ihrer prekären Zahlungsbilanzsituation zu Restriktionsmaßnahmen gezwungen. Gewiß darf man die drohenden Gefahren nicht überschätzen. Ein längerer und schwererer Konjunkturreinbruch ist aus verschiedenen Gründen unwahrscheinlich. Die allgemeine Bereitschaft führender Wirtschaftsländer zu einer Politik der hohen Beschäftigung, die Bemühungen der USA, den Vorsprung der Sowjetunion in der Raketenforschung aufzuholen und die Vorbereitungen für die europäische Integration sind wichtige konjunkturerhaltende Kräfte. Die Möglichkeit ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß eine vorübergehende Atempause in der internationalen Konjunktur bevorsteht, während der die Weltwirtschaft nicht oder nur sehr langsam wächst und partiell Anpassungsschwierigkeiten auftreten.

Eine vorübergehende Schwäche der Weltkonjunktur zöge zweifellos auch die österreichische Wirtschaft in Mitleidenschaft. Bereits jetzt stockt der Export wichtiger Rohstoffe, die Ausfuhr von Fertigwaren steigt langsamer als bisher. Eine Stagnation oder ein mäßiger Rückschlag des Gesamtexportes im kommenden Jahre würde vermutlich nicht automatisch durch eine lebhaftere Binnenkonjunktur ausgeglichen werden. Zwar verfügt der Geld- und Kreditapparat gegenwärtig über hohe liquide Mittel und könnte daher eine kräftige Ausweitung der kaufkräf-

<sup>1)</sup> Bei diesen Überlegungen wurde angenommen, daß es gelingt, Preise und Lohnkosten einigermaßen stabil zu halten. Steigende Preise und Löhne könnten zwar vorübergehend das Budget entlasten, da die Ausgaben nominell fixiert sind, während die Einnahmen zumindest teilweise mit dem nominellen Sozialprodukt steigen. Eine solche Entwicklung widerspräche jedoch den anerkannten Grundsätzen der österreichischen Wirtschaftspolitik und würde wohl ohne Rücksicht auf fiskalische Erwägungen bekämpft werden. Außerdem würde eine Verteuerung der Lebenshaltung früher oder später neue Gehaltsforderungen der öffentlich Bediensteten auslösen.

tigen Nachfrage finanzieren. Wenn sich jedoch die Erwartungen der Wirtschaft verschlechtern, läßt erfahrungsgemäß die Nachfrage der Unternehmungen nach Krediten nach und auch die Kreditinstitute zögern, ihren technisch möglichen Kreditspielraum auszunützen. In einer solchen Situation würde der Bundesvoranschlag 1958 die Aufgabe erfüllen, sonst brachliegende Mittel wieder in den Wirtschaftskreislauf einzuschalten und damit ein optimales Wachstum der Wirtschaft zu sichern. Allerdings ist eine durch budgetpolitische Maßnahmen verstärkte heimische Nachfrage aus strukturellen Gründen nicht imstande, in jedem einzelnen Falle den Verlust von Exportmärkten zu ersetzen. Sie kann jedoch verhindern, daß Exportrückgänge kumulative Wirkungen auslösen und den Einkommen- und Produktionsausfall in bestimmten stark exportorientierten Betrieben und Zweigen global durch eine verstärkte Expansion in anderen Bereichen der Wirtschaft ausgleichen. Die günstige Zahlungsbilanz und die hohen Währungsreserven lassen trotz der hohen Auslandsabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft eine kompensatorische Konjunkturpolitik innerhalb gewisser Grenzen als durchaus möglich und sinnvoll erscheinen.

Die konjunkturpolitische Funktion des Budgets 1958 steht und fällt mit der pessimistischen Diagnose für die Weltkonjunktur im kommenden Jahr. Sollte die Weltwirtschaft weiter expandieren, sollten Export und private Inlandsnachfrage der österreichischen Wirtschaft genügend Auftrieb geben, dann wäre es problematisch, die Ausgaben des Bundes stärker zu steigern, als die real mögliche Zunahme des Sozialproduktes. In diesem Falle wäre eine Überhitzung der Konjunktur mit mehr oder weniger starken Spannungen im Preis- und Lohngefüge nur dadurch zu vermeiden, daß die Nachfrage der übrigen öffentlichen Institutionen und der privaten Wirtschaft künstlich beschränkt wird. Soweit der Bund sein Defizit mit heimischen Anleihen finanziert, müßten zunächst andere Anleihewerber zurückstehen. Gleichzeitig hätte eine bewußt vorsichtige Geld- und Kreditpolitik dafür zu sorgen, daß das finanzielle Gleichgewicht der heimischen Wirtschaft trotz kräftig steigenden Bundesausgaben erhalten wird. Es ist jedoch zu erwägen, ob den Ausgaben des Bundes eine so hohe gesamtwirtschaftliche Priorität zugemessen werden kann, daß sie unabhängig von der Konjunkturlage und wenn nötig durch erzwungene Einschränkungen der Investitionen der übrigen Wirtschaft in voller Höhe finanziert werden. Gerade am Vorabend der europäischen Integration schien es besonders wichtig, die verfügbaren nationalen Ersparnisse in möglichst hohem Maße zur Verbesserung des Produk-

tionsapparates der erwerbswirtschaftlichen Betriebe zu verwenden.

Die Unsicherheit über die künftige Weltkonjunktur legt nahe, die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahre und ihre Wechselwirkungen mit dem Budget besonders aufmerksam zu verfolgen. Für den Fall, daß die vom Budget 1958 angeregten expansiven Kräfte der österreichischen Wirtschaft zu

stark werden oder nur mit Hilfe künstlicher Beschränkungen der Investitionen der übrigen öffentlichen und privaten Wirtschaft in Zaum gehalten werden können, steht der Budgetpolitik die Möglichkeit offen, die unter anderen konjunkturpolitischen Voraussetzungen konzipierte Ausgabensteigerung durch administrative Maßnahmen auf ein gesamtwirtschaftlich vertretbares Ausmaß zu drosseln.

## Österreichs Ausfuhr von Eisen und Stahl

Die Erzeugnisse der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie gehören zu den wichtigsten Trägern der österreichischen Exportkonjunktur. Ihr Exportwert erreichte in den ersten drei Quartalen 1957 3.617 Mill. S und war um 47% höher als im gleichen Zeitabschnitt 1956. Der Anteil am Gesamtexport stieg von 15,3% im Vorjahr (I. bis III. Quartal) auf 19,2% in diesem Jahr. Im III. Quartal 1957 war ihr Anteil sogar 19,7%. Damit hat die Eisen- und Stahlausfuhr den Holzexport von seinem führenden Platz, den dieser bisher immer innehatte, verdrängt. Von der Entwicklung und den Entwicklungschancen dieses Exportsektors wird daher das gesamte Ausfuhrergebnis entscheidend beeinflußt.

### Anteil der Eisen- und Stahlausfuhr an der Gesamtausfuhr

		%
1956	I. Quartal	15,4
	II	15,1
	III	15,5
	IV	19,1
1957	I. Quartal	19,4
	II	18,5
	III	19,7

Die Eisen- und Stahlausfuhr entwickelte sich einheitlich. Seit ihrer sprunghaften Zunahme im IV. Quartal 1956 hat sie sich merklich verändert. Mengenmäßig hat sie etwas abgenommen, wertmäßig ist sie jedoch langsam weitergestiegen. Der Durch-

### Österreichs Ausfuhr von Eisen und Stahl

	1956				1957		
	I	II	III	IV	I	II	III
	Quartal						
	M = Menge in 1.000 t; W = Wert in Mill. S						
Eisen und Stahl insgesamt	M 221,4	215,8	244,0	326,5	316,0	293,8	323,0
	W 763,9	817,0	882,1	1.146,2	1.169,3	1.180,0	1.267,2
davon							
Roheisen und Ferrolegierungen	M 89,8	75,7	81,3	93,2	79,5	53,7	
	W 140,6	129,5	145,4	177,8	156,6	102,2	
Luppen, Ingots, vorgew. Blöcke, Platten	M 7,1	9,5	13,8	48,3	48,1	41,6	
	W 21,5	26,4	36,3	119,7	127,5	115,2	
Profile, Träger, Winkelleisen, Form- und Stabeisen	M 27,4	31,8	30,1	42,5	43,4	46,6	
	W 177,2	223,3	196,8	255,1	264,8	301,7	
Breitflachstahl, Grob- und Feibleche, nicht überzogen	M 75,2	81,7	98,5	117,8	124,8	128,9	
	W 333,3	353,3	414,5	487,2	522,5	537,8	
Bandstahl und Röhrenstreifen, auch überzogen	M 1,7	1,6	2,1	1,5	1,7	3,0	
	W 13,6	14,3	15,7	12,1	14,9	22,3	
Grob- und Feibleche, überzogen	M 1,2	0,7	1,0	0,9	1,9	1,4	
	W 7,0	4,4	5,7	4,9	9,4	7,0	
Schienen	M 14,5	9,1	12,0	13,5	9,3	12,0	
	W 35,4	23,6	30,1	36,2	24,4	37,5	
Eisenbahn-Oberbaumaterial (ohne Schienen)	M 0,3	0,4	0,4	0,8	0,6	0,6	
	W 1,4	2,0	2,2	3,2	3,0	3,6	
Walzdraht und Draht, auch überzogen	M 2,8	3,2	3,2	5,8	5,2	4,1	
	W 17,1	16,8	16,9	24,7	25,0	21,3	
Stahlrohre und Fittings, geschweißt und gezogen	M 1,3	1,9	1,5	2,2	1,6	2,0	
	W 16,7	23,1	18,6	25,1	21,1	31,3	